

**Gegenstand: 1. Nachtragshaushaltssatzungen 2016 mit den
Nachtragshaushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung
und der Waisenhausstiftung
Vorlage: 1903/2016**

Der Vorsitzende verweist auf die ausgelegte Tischvorlage mit der korrigierten Fassung der Haushaltssatzung, die eine leichte Verbesserung des Ergebnisses um ca. 80.000 € wegen eines Excel-Problems ausweist.

Unter Bezugnahme auf die Beratung des Nachtrags vom 30.06.2016 nennt er auf damalige Anfrage der SWG-Fraktion als wesentliche Punkte der Ausgabenminderung zur Verbesserung des Ergebnisses eine Verringerung bei den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen und durch die Kürzung der Zuwendungen an private Firmen von mehr als rund 500.000 €; auf der Einnahmeseite steht daneben eine deutliche Verbesserung der Steuereinnahmen. Frau Selg ist seitens der SWG mit diesen Informationen zufrieden.

Der Vorsitzende führt weiterhin aus, dass der im Kommunalbericht des Rechnungshofes skizzierte positive Finanzierungssaldo nicht für kreisfreie Städte greift, sondern nur bei den Kreisen und kreisangehörigen Gemeinden. Das Finanzierungsdefizit der kreisfreien Städte hingegen beläuft sich auf rund -110 Mio. €.

Die CDU-Fraktion wird diesem Nachtrag laut Herrn Rottmann zustimmen, da es sich um den Haushaltsplan mit dem geringsten Defizit seit Jahrzehnten handelt. Er äußert die Hoffnung auf ein eventuell ausgeglichenes Rechnungsergebnis 2016. Speyer weist im direkten Vergleich das beste Ergebnis aller Städte (z.B. NW, FT und LD) auf. Die Kritiker sollten konkrete Einsparungen im Haushaltsentwurf vorschlagen.

Herr C. Ableiter ist in der Euphorie deutlich verhaltener, da das Haushaltsergebnis seit Jahren unter veränderten Vorzeichen steht: bei den Einnahmen sind wegen des Wirtschaftsbooms Rekordergebnisse zu verzeichnen, während die Sozialausgaben sinken und extrem niedrige Kreditzinsen das Rechnungsergebnis entlasten. Trotzdem findet keine Konsolidierung statt. Er kritisiert verfehlte Ausgaben (z.B. den Umbau Sankt-Guido-Stifts-Platz, Stadtmarketing), während andere notwendige Dinge nicht stattfinden. Daher wird die BGS nicht zustimmen. Er fragt nach einer Mehrheit für den unnötigen, defizitären Flugplatz und schlägt vor, diesen zu schließen und als dringend benötigte Gewerbeflächen zu vermarkten.

Herr Feinler hingegen erklärt, die SPD-Fraktion werde dem Nachtrag zustimmen. Er spricht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung seinen Dank für die Leistungen aus.

Frau Münch-Weinmann begrüßt die Verbesserungen gegenüber dem Haupthaushalt ebenfalls. Die gestiegenen Asylausgaben werden von Bündnis 90/Die Grünen mitgetragen. Kritik allerdings übt sie an der Standortentscheidung für die Feuerwache. Die Leistungen der Tourist-Info für Private sollen hinterfragt werden, ebenso die Energieausgaben der Schulen im Energiebericht. Sie plädiert erneut für die Einrichtung einer pädagogischen Fachkraft für das Frauenhaus. Die Grünen werden dem Nachtrag mit Ausnahme des Verkehrslandeplatzes zustimmen.

Frau Selg dankt der Verwaltung für die Anstrengungen. Allerdings hinkt der Vergleich mit anderen Kommunen nach ihrer Auffassung. Mangelhaft unter Unbefriedigenden zu sein, reicht der SWG nicht aus. Sie fordert, auf die Bürgerinnen und Bürger zuzugehen und alle Projekte zu hinterfragen, welche den Haushalt belasten. Die Stadt sei nur von den

nachfolgenden Generationen geliehen. Daher wird die SWG-Fraktion den Nachtrag ablehnen.

Auch die Linke lehnt den Nachtragshaushalt durch Herrn Popescu wie schon den Haupthaushalt ab. Er äußert eine grundsätzliche Ablehnung von Grundstücksverkäufen wegen Verlust von Substanz im Eigenkapital.

Herr Brandenburger spricht eine herzliche Einladung an alle Parteien zur Teilnahme an der KEF-Arbeitsrunde aus; dort werden konkrete Einsparungsmaßnahmen besprochen. Der Nachtragshaushalt ist seines Wissens nicht vom Verkehrslandeplatz betroffen; trotzdem möchte er als Protokollnotiz aufgenommen haben, dass auch die SPD alle evtl. Teile, welche den Flugplatz betreffen könnten, von der Zustimmung ausschließt. Freiwillige Leistungen dürfen nicht sinnlos und nur in enger Absprache eingeschränkt werden.

Die Freien Wähler Speyer schließen sich laut Herrn Dr. Mohler sich weitgehend den Ausführungen der SWG-Fraktion an und fordert, Synergien in der Verwaltung zu prüfen, die zu Einsparungen führen könnten

Herr Czerny gibt zu Protokoll, er persönlich stimme der Erhöhung der Gewerbesteuer nicht zu. Der Vorsitzende erwidert, diese sei nicht Bestandteil der Beschlussfassung.

Herr Dr. Wilke sieht bei einzelnen Ratsmitgliedern zu viel Schwarzmalerei. Die Schulnote 6+ für die Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zu vergeben sei nicht angemessen. Feuerwehr und den Ausbau der Kindertagesstätten als – notwendige – Kostentreiber habe die Verwaltung in den vergangenen Jahren hervorragend gestemmt. Zur Grunderwerbssteuer erklärt er, diese werde vom Land abgeschöpft und steht nicht (mehr) den Kommunen zur Verfügung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt nach ausführlicher Beratung mehrheitlich die
1. Nachtragshaushaltssatzungen 2016 mit den Nachtragshaushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung (bei 8 Gegenstimmen: SWG-Fraktion, Fraktion Die Linke, BGS-Fraktion, FWS – Dr. Mohler)

**Gegenstand: Herdstraße - Display;
Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke vom 03.07.2016
Vorlage: 1927/2016**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In der mündlichen Begründung weist Herr Popescu auf die auszutauschende Tischvorlage hin, da es einen Fehler in der Formulierung (Anfrage/Antrag) der Fraktion gab. Wenn nachts weder Busse noch LKW die Herdstraße entschleunigen, ist der Weg frei für Schnellfahrer. Er verweist auf die Diskussion aus der letzten Ratssitzung und dem Verkehrsausschuss sowie die guten Erfahrungen aus dem Verkehrsversuch in der Landauer Straße. Die Displays könnten nach einem Jahr dann auch aufzeichnen, wer rast.

Zudem sollten Anwohnerparkplätze, mit einer vergleichbaren Regelung wie in der Großen Pfaffengasse und abendlicher Öffnung, geschaffen werden, um den Parksuchverkehr zu verringern. Ausdrücklich wendet er sich gegen eine Öffnung für den Radverkehr entgegen der Einbahnstraße; dies sei Selbstmord auf Raten zu Lasten der Fußgänger.

Der Vorsitzende verweist auf den eben beschlossenen Nachtragshaushalt; dort ist die Anschaffung von 3 Displays investiv vorgesehen. Über Standorte kann dann der Verkehrsausschuss entscheiden. Seit letzter Ratssitzung wurde inzwischen die Bestandsaufnahme der Bewohnerquartiere abgeschlossen. Die Ergebnisse liegen noch nicht vor, werden aber im Verkehrsausschuss besprochen. Damit hat sich aus seiner Sicht der Antrag erledigt. Herr Popescu widerspricht dem.

Herr C. Ableiter wiederholt seine Ausführungen aus der Maisitzung zur Herdstraße und fordert erneut eine Wiederherstellung der Straßenmarkierungen. Die BGS-Fraktion unterstützt den Antrag.

Nach Ansicht von Herrn Feiniler wurde das Thema im Verkehrsausschuss ausreichend diskutiert; auch andere Straßen wie Lindenstraße, Theodor-Heuß-Straße oder Spaldinger Straße sind von nächtlichen Rasern betroffen. Die SPD-Fraktion kann dem Antrag unter diesen Umständen nicht zustimmen.

Herr Neugebauer möchte vom zuständigen Fachbereich wissen, wo der Einsatz solcher Displays überhaupt Sinn macht; wenn ein Standort schon verwaltungsseitig ausgeschlossen wurde, bedarf es keines Ratsbeschlusses mehr. Frau Seiler sieht Begehrlichkeiten aus verschiedenen Bereichen. Daher äußert sie den dringenden Appell zu einer Festlegung der Standorte im Verkehrsausschuss. Durch die Festlegung auf eine bestimmte Straße werde unnötig Druck geschaffen.

Herr Zander (FBL 2) ergänzt, die Herdstraße sei eine Gemeindestraße, Prioritäten für Maßnahmen greifen zunächst an den klassifizierten Straßen mit den 23 identifizierten Unfallschwerpunkten.

Frau Münch-Weinmann nimmt den Antrag zum Anlass, allgemein auf das Fahrverhalten in Speyerer Straßen hinzuweisen. Sie möchte zudem den Schilderwald nicht ausufern lassen. Außerdem fordert sie für Bündnis 90/Die Grünen, die Herdstraße für den Radverkehr beidseitig zu öffnen. Der Fachausschuss sollte sich mit der Thematik befassen, auch im Rahmen des VEP.

Aus Sicht von Herrn Dr. Wilke ist der Ansatz von Dezernenten und Verwaltung richtig. Es kann nicht angehen, dass derjenige, der sich als erster meldet, für seine Straße ein Display beanspruchen kann.

Frau Selg verweist darauf, dass die nächste Sitzung für den Verkehrsausschuss doch bereits terminiert sei. Dann könne man über die Bedürfnisse in der ganzen Stadt sprechen.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Die Linke wird mehrheitlich in den Verkehrsausschuss zur abschließenden Beratung verwiesen (bei 4 Gegenstimmen: Die Linke, BGS, FWS).

**Gegenstand: Nextbike;
Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke vom 03.07.2016
Vorlage: 1928/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In der mündlichen Begründung nimmt Herr Popescu Bezug auf die Berichterstattung von Frau Mittmann im Verkehrsausschuss. Während andere Stationen der Leihfahräder sehr gut angenommen werden, bildet der Berliner Platz das Schlusslicht. Eine Steigerung der Attraktivität wäre durch eine Verlagerung nach vorne an die Kurt-Schumacher-Straße wahrscheinlich, anstelle der dort vorhandenen Radbühel.

Aus Sicht des Vorsitzenden sollte man diese nicht ersetzen, sondern die Nextbike-Station daneben positionieren, da deutlich mehr "normale" Räder unterwegs sind. SP-West ist der erste Wohn-Stadtteil, der an das System angebunden ist. Die Verwaltung plant ohnehin eine Evaluation im kommenden Frühjahr, bei der 3 weitere Punkte unter Senkung der Anzahl der Räder pro Standort (kostenneutral) vorgesehen sind. Er schlägt vor, den vorliegenden Antrag als Prüfauftrag mit aufzunehmen, welcher Standort am Berliner Platz am besten geeignet ist (Leitungsführungen, Zufahrten, Rettungswege etc.). Die antragstellende Fraktion ist damit einverstanden.

Herr Neugebauer erweitert um den Vorschlag, den S-Bahn-Halt Nord-West in die Standortplanungen miteinzubeziehen.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der anstehenden Evaluation zu prüfen, an welche Stelle die „nextbike“-Ausleihstation am Berliner Platz vom derzeitigen Standort am Fünfkirchener Weg verlegt werden kann, um die Attraktivität dieses Ausleihstandorts zu steigern.

**Gegenstand: Kreuzung am St.-Guido-Stifts-Platz;
Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.07.2016
Vorlage: 1929/2016**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt

Die mündliche Einleitung erfolgt durch Herrn Czerny, der diverse Einengungen für den Radverkehr in Richtung Innenstadt durch die Umgestaltung des Sankt-Guido-Stifts-Platzes ausgemacht hat. Er ist nicht mit einer Verweisung in die Radverkehrskommission einverstanden.

Die Beantwortung erfolgt durch den Vorsitzenden:

zu Frage 1.): Was gedenkt die Verwaltung an den kritischen Verengungen im Verlauf der Wormser Landstraße und der Wormser Straße zu korrigieren? Wann sollen Korrekturen umgesetzt werden? Bei den Mängeln und Verbesserungsvorschlägen sind sich die Fachleute einig.

Über die Mängel ist man sich einig, über die Lösungsvorschläge noch nicht.

Im letzten BPA wurde darüber berichtet, dass die Tiefbaumaßnahmen im Zug Bahnhofstraße, Hirschgraben, Sankt-Guido-Stifts-Platz schon ziemlich weit gediehen sind. Allerdings muss noch das Radverkehrskonzept adäquat eingearbeitet werden. Erste Umbauarbeiten sollen aber noch Ende des Jahres beginnen.

Der Kreuzungsbereich Wormser Landstraße/Petschengasse/Sankt-Guido-Stifts-Platz ist in der mittelfristigen Planung für 2019 vorgesehen, welche vom Bau- und Planungsausschuss bereits beschlossen wurde; dazu muss noch die Kofinanzierung des Landes berücksichtigt werden. Entsprechende Gespräche mit dem LBM wurden bereits geführt.

zu Frage 2.): Wann wird die Verwaltung die Rad Furt und die Aufstellfläche in der Wormser Landstraße in Richtung Süden und die Rad Furt in der Wormser Straße in Richtung Norden einrichten?

Dies gehört in die Gesamtumbaumaßnahme und umfasst denselben Zeitraum wie unter Frage 1.

zu Frage 3.): Was gedenkt die Verwaltung zu unternehmen, damit die Radler/innen nicht die Fußgängerüberwege benutzen?

Die Verwaltung hat bereits im Bereich der Wormser Landstraße in Fahrtrichtung Süden eine provisorische Verschwenkung gebaut, so dass hier der Radverkehr regelkonform auf der Fahrbahn zusammen mit dem motorisierten Verkehr über die Kreuzung mitfließen kann. Gleiches ist aus der entgegengesetzten Richtung der Fall.

Details sind noch nicht abgeklärt, weil auf das Ergebnis des Radwegekonzepts gewartet werden muss.

zu Frage 4.): Wann sollen die Schilder zur Verpflichtung der Benutzung der Radwege in der Wormser Landstraße beseitigt werden, was die Polizei schon lange fordert.

Dies hängt ebenfalls mit der Gesamtumbaumaßnahme zusammen (Frage 1).

Herr Czerny ist bezüglich der Beantwortung zu Frage 1 nicht zufrieden gestellt und erläutert nochmals die von ihm ausgemachten Gefährdungen. Der Vorsitzende verweist auf die Vorrangfläche für Radfahrende; außerdem seien sowohl Weidenberg wie auch Sankt-Guido-Stifts-Platz 30er Zone. Daneben handelt es sich bis zum Abschluss der Arbeiten um ein Provisorium. Er bietet aber bilaterale Gespräche zur Klärung einzelner Sachverhalte an.

Gegenstand: Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 068 A "Alte Rheinhäuser Straße, 1. Änderung"
hier: Aufstellungsbeschluss nach § 1 Abs. 3 BauGB
Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13 a BauGB
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs.1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Scoping) gemäß § 4 Abs.1 BauGB
Vorlage: 1925/2016

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Jaberg spricht in diesem Zusammenhang von einem sensiblen Bereich, bei dem penibel auf die Umsetzung der Auflagen der Verwaltung geachtet werden muss. Auf dem Hallendach Höhl sollte aus Sicht der Grünen eine Photovoltaik-Anlage installiert werden. Der Vorsitzende verweist auf die gegenwärtige Problematik mit der Einspeisevergütung für neue Solaranlagen.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig:

1. Der Rat der Stadt Speyer beschließt, die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 068 A "Alte Rheinhäuser Straße - 1. Änderung" einzuleiten. Das Plangebiet wird dem beigelegten Lageplan entsprechend abgegrenzt.
Mit dem Bebauungsplan Nr. 068 A "Alte Rheinhäuser Straße - 1. Änderung" soll der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 068 "Alte Rheinhäuser Straße" in diesem Teilbereich ersetzt werden.
Ziel des Bebauungsplanes ist die Festsetzung einer Gewebebaufläche für die Erweiterung der in der Alten Rheinhäuser Straße ansässigen Betriebe.
2. Die Aufstellung des Plans soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB erfolgen.
3. Den vorliegenden Entwürfen wird zugestimmt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden/TÖB gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB auf Grundlage der vorliegenden Entwürfe durchzuführen und anschließend einen Bebauungsplanentwurf zu erarbeiten.

21. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.07.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2015 der Gemeinnützigen
Wohnungsbaugesellschaft Speyer GmbH (GEWO) und
Ergebnisverwendung
Vorlage: 1932/2016

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Jahresabschluss 2015 der GEWO GmbH zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt den Gesellschaftern die Annahme des Gewinnverwendungsvorschlages der Geschäftsführung.

- Gegenstand: Ideenwettbewerb „Logo und Slogan für die Stadt Speyer“
Vorlage: 1934/2016**
- 7.1 Vorstellung der Jury-Ergebnisse**
- 7.2 Antrag der SWG-Stadtratsfraktion vom 20.06.2016
Vorlage: 1918/2016**
- 7.3 Anfrage des FWS-Ratsmitgliedes Dr. Mohler vom 19.06.2016
Vorlage: 1911/2016**
- 7.4 Beschluss über weiteres Vorgehen**

Die Tagesordnungspunkte 7.1 bis 7.4 werden gemeinsam behandelt und in einem Protokoll zusammengefasst. Auf den Besucherrängen wirbt eine Reihe von Zuhörenden mit Transparenten für den Erhalt des alten Logos.

Die Vorlagen sind dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Dr. Nowack gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation einen Überblick über die Historie des Stadtlogos, das wie alle Logos (auch bekannter Markenprodukte) in bestimmten Zeitabschnitten gewissen Anpassungen unterworfen ist. Daneben werden die visuellen Schwächen des bisherigen Logos und die Entwürfe des Ideenwettbewerbs vorgestellt. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Er unterstreicht, dass die Nr. 1 der Juryentscheidung nicht zwangsläufig als neues Logo übernommen werden muss. Sollte einer der Vorschläge doch angenommen werden, wird das Preisgeld mit den Entwicklungskosten verrechnet. Dabei wird hervorgehoben, dass es nicht zwingend zur Ablösung des bestehenden Logos kommen muss, da Ideenwettbewerb und Entscheidung in einem getrennten zweistufigen Verfahren stattfinden. Der bisherige Aufwand beläuft sich auf 6.000 € für den Wettbewerb.

Da alle Entwürfe der Ausschreibung nicht restlos überzeugten, schlägt die Verwaltung vor, drei Büros mit einer Überarbeitung des bisherigen Logos zu beauftragen. Nach der Sommerpause kann dann eine Beschlussfassung über die verschiedenen Varianten erfolgen.

Zur Anfrage von Herrn Dr. Mohler führt Herr Dr. Nowack aus, dass am Ende nicht zwingend die Einführung eines neuen Logos stehen muss. Zu möglichen Folgekosten ist zu sagen, dass Neuanschaffungen nach und nach, dann mit einem neuen Logo, erfolgen würden. Briefbögen, Plakate, Publikationen etc. werden digital verarbeitet, ohne Vorhaltung von Beständen. Insoweit entstehen hierbei keine Zusatzkosten.

Die Fraktion Die Linke hat laut Herrn Popescu schon die Suche nach einem neuen Logo zurückgewiesen und nicht an der Jury teilgenommen, weil ein solches neues Logo in jedem Fall Enttäuschtes hinterlassen wird. Er verweist auf die Bewahrer des bisherigen Logos in den sozialen Netzwerken mit über 3.000 Unterstützern. Die Folgekosten wären auch für die Vereine immens, da z.B. FC 09, AV 03 oder Jugendkultur 20-10 alle das Logo in ihren Wappen haben. Ein Stadtlogo ist aus seiner Sicht nicht nur eine Marketing-Marke nach außen, sondern auch ein nach innen verbindendes Element. In diesem Zusammenhang verweist er darauf, dass Retro-Verpackungen auch bei großen Marken regelmäßig einen großen Sympathiehype auslösen.

Herr Dr. Mohler sieht die Situation in weiten Teilen ähnlich. Mit Blick auf die präsentierten visuellen Schwächen des aktuellen Logos erklärt er, dass ein Designer wohl keine Ahnung

von Farbgestaltung hat, wenn er auf hellgrauen Untergrund ein weißes Logo setzt; da wirkt jedes Logo blass. Das Unschärfekriterium spricht auch gegen Siegerentwurf 2. Er drückt seinen Dank an die Wettbewerbsteilnehmer aus, allerdings habe Speyer andere Probleme als ein neues Signet. Über solche Nebenkriegsschauplätze kann man befinden, wenn alle anderen Dinge erledigt sind.

Aus Sicht von Frau Selg muss sich die Politik der Realität stellen und auf die Wählerinnen und Wähler hören. Die SWG-Fraktion hat keinen Bedarf an einem neuen Logo, welches von der Bürgerschaft getragen werden muss. Gleichwohl fordert sie zu einem respektvollen Umgang mit dem Ergebnis des Wettbewerbs auf. Die Siegerentwürfe tragen jedoch nicht zum Markenkern bei bzw. verschlechtern das bestehende Logo. Daher plädiert die SWG dafür, den Prozess an dieser Stelle zu beenden. Die Folgekosten könnten nach ihrer Einschätzung bis zu 300.000 € betragen. In den sozialen Netzwerken habe sie keine einzige Stimme gefunden, die unbedingt ein neues Logo haben will, daher ihr Appell: kümmern wir uns um die wichtigen Dinge und behalten unser Logo.

Herr C. Ableiter stellt fest, dass sich die BGS-Fraktion schon von Anfang an gegen das Stadtmarketingkonzept gestellt hatte. Die Ausgabe von 100.000 € hätte man sich sparen können - einschließlich der Forderung nach einem neuen Logo. Die Ostseite ist die originale Ansicht des Weltkulturerbes Dom zu Speyer mit eindeutigen Bezug; welcher bestens vom aktuellen Logo abgebildet wird. Ein in der Praxis schlechter Umgang mit dem Logo ist kein Argument gegen das Logo selbst. Der gesichtslose Siegerentwurf 1 hat aus seiner Sicht keinen Bezug zum Kaiserdom und könnte jedes Sakralbauwerk abbilden.

Herr Feiniler mahnt zur Besonnenheit bei diesem emotionalen Thema. Aus Sicht der SPD ist das Stadtmarketingkonzept insgesamt gut gelungen. Er lässt aber offen, ob man von heute auf morgen ein neues Signet brauche. Selbst für den Siegerentwurf 1 gab es kein einstimmiges Votum der Jury; alle Entwürfe sind eher enttäuschend. Speyer sei eben nicht nur der Dom, wie das frühere Kronen-Signet beweist. Vorstellbar wäre aus seiner Warte eine farbliche Weiterentwicklung des bestehenden Logos.

Nach Auffassung von Herrn Dr. Wilke ist ein Logo nicht nur Schmuck, sondern ein Werbeträger und ein Identifikationsfaktor für die Bevölkerung; er äußert seinen Respekt für die vielen Besucher zu dieser Diskussion. Der Marketingprozess hat im Prinzip die Notwendigkeit einer Auffrischung des bestehenden Logos ergeben; die Leichtigkeit des Konzepts ist gleichzeitig seine Schwäche in der Erkennbarkeit. Einen kompletten Umbruch würde er nur befürworten, wenn es sich um einen Geniestreich handelt, der im Ergebnis des Wettbewerbs aber nicht erkennbar ist; auch der Siegerentwurf sei nur ein Einäugiger unter Blinden. Er wirft die Frage auf, was sich aus dem alten Logo machen lässt, um die Defizite auszugleichen. Daher unterstützt die CDU-Fraktion den Vorschlag des Oberbürgermeisters zum weiteren Vorgehen.

Bündnis 90/Die Grünen seien laut Frau Münch-Weinmann grundsätzlich leidenschaftslos an die Sache herangegangen. Das Stadtlogo ist aus ihrer Sicht nur ein Nebenprodukt. Dabei sei aber die Kostenfrage zu beachten. Auch das Engagement der Bürgerschaft sei beachtlich. Daher regt sie an, in der Sommerpause das Gespräch mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu suchen.

Herr Peterhans verweist auf die beindruckende Online-Petition für den Erhalt mit bislang 3.200 Befürwortern. Er spricht sich seitens der FDP ebenfalls für eine Überarbeitung des bisherigen Logos nach der Sommerpause aus.

Herr F. Ableiter erinnert aus eigener Erfahrung an die positive Wirkung des bestehenden Logos in der Vereinsarbeit; die Farbgestaltung könne ja angepasst werden. Aus Sicht des

Vorsitzenden hat das Logo bestimmte farbige Vorgaben, die nicht so ohne weiteres verändert werden können; dies betrifft auch die Schriftgröße. Herr Dr. Nowack ergänzt, dass viele Kooperationspartner das Signet nutzen, ohne dass ein Einfluss auf die Logoleisten bestünde. Herr Brandenburger verweist auf das Handbuch für Logogestaltungen, das die Einhaltung eines "Schutzraums" gegenüber anderen Signets fordert, oft aber nicht beachtet wird. Herr C. Ableiter macht ergänzende Ausführungen zu den Varianten der Farbgestaltung.

Aus Sicht von Herrn Zhang sind alle drei Siegerentwürfe nicht der große Wurf. Er würde sich wünschen, dass sich die Bürgerschaft auch in anderen Bereich so intensiv einbringen würde.

Zusammenfassend sieht der Vorsitzende einen Ideenwettbewerb ohne Entscheidungszwang. Eine Auffrischung des vorhandenen Signets könnte im September vorgestellt werden. Die Bürgerbeteiligung wäre gerade heftig von am Laufen, deshalb sollte die Diskussion nicht abwürgt werden. Dabei dürfe sie aber nicht nur in den sozialen Netzwerken ausgetragen werden. Sie lässt teilweise Sachlichkeit vermissen.

Frau Selg erinnert daran, dass der Ältestenrat ganz klar eine Bürgerbeteiligung beschlossen hat. Die SWG wolle sich einem Relaunch nicht grundsätzlich verschließen, frage aber schon, was dieser kosten würde. Der Vorsitzende stellt einen Rahmen von max. 25.000 € in den Raum, wie angekündigt. Im September könne dann die Entscheidung erfolgen ob neues, relaunched oder altes Logo.

Herr Jaberg erinnert daran, dass es 1999 bei der Einführung des aktuellen Logos keine Bürgerbeteiligung gab.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 6 Gegenstimmen (Linke, BGS, FWS, SWG: Selg, Rumpf)):

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Überarbeitung des aktuellen Stadtlogos bei max. 3 Designbüros im Auftrag zu geben und die Ergebnisse in einer der nächsten Ratssitzungen vorzustellen.

**Gegenstand: Gestaltung des generationenübergreifenden Bewegungsparks
„alla hopp!“
Vorlage: 1922/2016/1**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Hinderberger begründet, warum die Vorlage auf Wunsch der SPD aus dem Bau- und Planungsausschuss in den Stadtrat gehoben wurde. Die Anlage des Schotterweges, die Beleuchtung und eine Pflege der Grünanlage durch die Stadt ohne zusätzliches Personal ist für die SPD-Fraktion so nicht zustimmungsfähig. Aus Sicht des Vorsitzenden ist bezüglich der Beleuchtung noch keine Entscheidung gefallen. Hinsichtlich der personellen Ausstattung sind Veränderungen im Gärtnerbereich – auch im Zusammenhang mit der Neukonzeption für den Friedhof – miteinzubeziehen.

Frau Münch-Weinmann stellt fest, dass Bündnis 90/Die Grünen in der heutigen Sitzung keine Entscheidung dazu treffen will. Aus ihrer Sicht steigen und steigen die Kosten, während bei der allgemeinen Spielraumgestaltung die Ausgaben reduziert wurden. Sie sieht die Gefahr weiterer Einschnitte dort, weshalb die Fraktion noch Beratungsbedarf hat. Die zusätzlichen Anforderungen ergaben sich laut Vorsitzendem aus den Workshop-Sitzungen. Die grundsätzlichen Bedenken der Grünen entsprechen nicht den Workshops, der Planungs-, Vorbereitungs- und Beratungslage.

Herr Jaberg wurde nach eigenem Bekunden erstmals im Bau- und Planungsausschuss mit der konkreten Planung konfrontiert. Die hohe Versiegelungsquote und ein für die Größenordnung Speyers überdimensionierter Parcours bereiten ihm Probleme; er plädiert für mehr Natur und weniger Versiegelung. Der Vorsitzende wiederholt, dass die Folgekosten und Toiletten bereits in der Beschlussvorlage formuliert waren. Die jetzige Ausgestaltung der Anlage ist Ausfluss aus der Workshop-Phase.

Auch Herr Neugebauer kritisiert, dass es eine Beschlussfassung unter der Überschrift „geschenkter Spielraum“ gab, ohne genau zu wissen, was man bestellt. Der Stadtrat kennt die Planung teilweise nicht. Aus Sicht des Vorsitzenden gibt es dafür den Bau- und Planungsausschuss als Fachgremium. Dort herrschte einhellige Zustimmung für die Planung. Frau Bürgermeisterin Kabs ergänzt, dass der Parcours ein ausdrücklicher Wunsch der Jugendlichen war, da Skater-Angebote in Speyer schon an mehreren Stellen vorhanden sind. Es gab in diesem Zusammenhang umfangreiche Workshop-Angebote für Jugendliche, Erwachsene und ErzieherInnen; der Jugendstadtrat beispielsweise war meist vollzählig anwesend und in die Diskussion eingebunden.

Auch für Frau Wöhlert sind diese plötzlich auftretenden Grundsatzdiskussionen um einen bereits gefassten Stadtratsbeschluss nicht verständlich. Sie unterstreicht die umfangreiche Bürgerbeteiligung für ein generationsübergreifendes Projekt.

Herr Feinler stellt klar, dass die SPD-Fraktion das Projekt nicht generell in Frage stellen möchte. Es geht lediglich um die Frage der Kosten und vorhandener Ressourcen. Einige vorhandene Anlagen in Speyer sind bereits jetzt in teilweise verheerendem Zustand, daher tut man sich mit den jetzt zusätzlich entstehenden Folgekosten sehr schwer.

Herr C. Ableiter hingegen erklärt, es gäbe bereits viele Spielmöglichkeiten für Kinder, aber nur wenige für Jugendliche. Ein ganzjähriger Betrieb braucht feste Gehwege und Toilettenanlagen. Daher unterstützt die BGS-Fraktion uneingeschränkt die zusätzliche Planung.

Frau Münch-Weinmann hat diese Diskussion nicht erwartet. Auch durch ihre Fraktion werde das Projekt nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Allerdings kritisiert sie den Informationsfluss für Ratsmitglieder; daher werde die Fraktion demonstrativ abstimmen.

Die FWS ist laut Herrn Dr. Mohler nicht in den Ausschüssen vertreten, hat aber an allen Terminen trotzdem teilgenommen. Er bezeichnet den Informationsfluss als einwandfrei. Allerdings hat er Bedenken, was die Pflegefähigkeit durch die Stadt angeht; daher fragt er nach einem Masterplan der Verwaltung. Lediglich Lichtpunkte für die Ausleuchtung des Weges zu setzen, hält er aus eigener Erfahrung für eher kontraproduktiv.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt einer Kostenübernahme entsprechend der Verwaltungsvorlage mehrheitlich zu (bei 5 Gegenstimmen: B90/Grüne).

21. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.07.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Ermächtigung des Haupt- und Stiftungsausschusses während der Sommerpause (18.07.2016 bis 26.08.2016)

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Haupt- und Stiftungsausschuss im Ferienzeitraum (18.07. bis 26.08.2016) zu ermächtigen, Entscheidungen zu treffen, die an sich dem Stadtrat vorbehalten sind.

**Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen;
Vorlage: 1930/2016**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

Auf Vorschlag der SWG-Stadtratsfraktion:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Haupt- und Stiftungsausschuss (11.):	<i>unverändert (Elke Sommermeyer)</i>	neu: Dr. Wulf Heisel für: Sandra Selg
Haupt- und Stiftungsausschuss (11.):	neu: Sandra Selg für: Dr. Wulf Heisel	<i>unverändert (Philipp Rumpf)</i>
Werkausschuss (31.):	<i>unverändert (Alexander Genthner)</i>	neu: Timo Renner St.-Guido-Straße 25 für: Dr. Sarah Mang

21. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.07.2016

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO;
Vorlage: 1931/2016**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

21. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 14.07.2016



21. Sitzung des Stadtrates 14.07.2016 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!